



Das süße Gift des Staates

- Die Beziehung zwischen Staat und Bürger -

„In der heutigen Zeit ist es für den Menschen und die Gesellschaft besonders erstrebenswert, dass die eigene Person - das Selbst - durch Leistung die eigene Entfaltungsmöglichkeit voll ausschöpft, damit für ihn, seine Nächsten und die weitere Umwelt Gutes bewirkt werden kann.“ So formuliert Dr. Gerhard Schmidt seine Idealvorstellung vom Selbstverständnis des Menschen in unserer Gesellschaft. Aber sieht die Realität wirklich so aus, dass es für den Menschen, den Bürger, besonders erstrebenswert ist, sich durch eigene Leistung zu entfalten und die eigene Zukunft selbst in die Hand zu nehmen?

Meines Erachtens stellt sich die heutige Situation sehr vielschichtig dar. Bürger und Staat haben sich in Teilen unserer Gesellschaft entfremdet. Einerseits wird dem Staat vorgeworfen, die Bürger immer stärker zu belasten und ihnen zu viel vorzuschreiben. Auf der anderen Seite verlassen sich die Menschen zunehmend auf den Staat, auf Kosten von Eigenverantwortung und Eigeninitiative. In Zeiten der Globalisierung hat diese Einstellung schwerwiegende Folgen für den Wettbewerbsstandort Deutschlands. Man fragt sich nach den Hintergründen für diese Entwicklung. Wie hat sich der Staat zu dem entwickelt was er heute ist? Und welche Folgen hat dies für die Beziehung zwischen Staat und Bürger?

Wachstum der Staatsgewalt

Was bedeutet Staat dem Ursprung nach und welche Aufgaben lassen sich hieraus ableiten? Laut dem Staatsrechtler Georg Jellinek definiert sich der Staat durch ein Staatsgebiet, ein Staatsvolk und eine Staatsgewalt. Staatsgebiet umschreibt das Territorium auf dem der Staat seine Territorialhoheit ausübt. Staatsvolk besteht aus den Bürgern des Staates, die ihre Staatsangehörigkeit zumeist bei der Geburt erwerben. Staatsgewalt beschreibt schließlich die Ausübung des Gewaltmonopols durch den Staat. Daraus ergibt sich, dass wir alle Teil – nicht Zuschauer – des Staates sind.

Unter den theoretischen Vordenkern des Staates finden sich berühmte Philosophen wie Thomas Hobbes und John Locke. Hobbes geht in seinem absolutistischen Staatsverständnis von einem menschlichen Naturzustand mit einem „Krieg aller gegen alle“ aus, in dem Anarchie und ständige Angst herrschen. Diesem Zustand erwächst die Notwendigkeit für eine übergeordnete Instanz, die Sicherheit und Schutz bietet – dem „Leviathan“. Der Staat wird also aus Angst der Menschen voreinander und gegenseitigem Misstrauen ins Leben gerufen; durch einen Gesellschaftsvertrag geben die Menschen alle Macht an eine übergeordnete Instanz ab.



Mit der Weiterentwicklung zum Nationalstaat folgen weitreichende Veränderungen für das Leben der Bürger. Die „Nation“ als zentrales Element des Nationalstaates verbindet erstmalig eine politische Motivation. Sie beruht auf einer gemeinsamen Geschichte mit einer kollektiven Art des Wir-Gefühls und ist damit sozusagen eine historische Solidargemeinschaft. Im Unterschied zum alten Staatsmodell, in dem politisches Denken und Handeln auf eine Elite beschränkt ist, mobilisiert eine moderne Nation ein ganzes Volk.

Die Weiterentwicklung dieses Nationalstaatmodells führte schließlich zum Sozialstaat, in dem der Staat direkt und indirekt Verantwortung für das Schicksal und Wohl des Einzelnen übernimmt.

Staat und Bürger heute

Der stetige Wunsch vieler Bürger nach mehr Staat drückt sich in einem Mehr an Sozialstaat aus. Der Ruf nach einem „sozialen Staat“ wurde in den letzten Jahrzehnten immer lauter und führte zu einem immensen Anstieg der Staatsquote. Weckte in den 60er Jahren eine Staatsquote von knapp über 30 Prozent bereits Ängste, lösen heute 45 Prozent kaum mehr als ein Schulterzucken aus. In der Rolle des „Allmächtigen“ gefangen, versucht der Staat zunehmend Dinge zu regeln und zu gestalten, die eigentlich nicht „staatlich“ zu regeln und sinnvoll zu gestalten sind. Dazu bedient er sich einer Flut von Gesetzen und Verordnungen, Steuern, Abgaben und Subventionen sowie einer immer größer werdenden Bürokratie.

Getrieben vom Kampf um Wählerstimmen wird der unverhältnismäßige Aufbau des Sozialstaates gerade in den großen Volksparteien zu einem bequemen und populären Programmpunkt und damit zum vermeintlichen Staatsauftrag. Und die Spirale dreht sich weiter. In vielen Bereichen ist zu erkennen, dass der Staat sich heute mehr denn je in vormals individuelle Herausforderungen einmischt: Ob im Bereich der Gesundheits- oder der Bildungspolitik, des Umweltschutzes, der Pflegevorsorge oder der Familienpolitik - mehr statt weniger Staat wird gefordert. Während die Ausgaben im Sozialbereich stetig steigen, stagnieren oder sinken Staatsausgaben für zukunftsgerichtete Investitionen.

Globalisierung, der demografische Wandel und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Herausforderungen wirken wie Brenngläser und verstärken den Drang einer zunehmend breiter werdenden Bevölkerungsschicht nach Sicherheit. Der Ruf nach dem Sozialstaat wird zunehmend lauter – auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Vergessen wird dabei der Bürger, der mit dem Selbstverständnis der Eigenverantwortlichkeit seiner Rolle und Verantwortung in der Gesellschaft gerecht werden möchte. Die Sozialisierung individueller Risiken,



individueller Bedienmentalität und individueller Leistungsverweigerung hat zur Folge, dass die „starken Schultern“, die unser System tragen, zunehmend unter der Last des Sozialstaates leiden und zwangsläufig nach Auswegen suchen. Mit steigender Tendenz ist die Flucht von Leistungsträgern ins Ausland, Steuerhinterziehung, aber auch Schwarzarbeit zu beobachten. An die Stelle von Leistungsbereitschaft tritt nun Leistungsfeindlichkeit, Solidarität wird durch Egoismus ersetzt.

Der Preis für diesen vermeintlich sozialen Staat ist hoch – zu hoch. In dem Wunsch jede Kleinigkeit zu regeln, verliert die Politik den Blick für das „große Ganze“, den Kompass, und verspielt damit Entscheidungsspielraum und Gestaltungspotential. Politik als Schrittmacher, die die Menschen mitnimmt, ist da nicht mehr möglich. „Frage nicht was Dein Land für Dich tun kann, sondern was Du für Dein Land tun kannst“, ist mittlerweile zur unpopulären Devise geworden. Die hohe Sozialquote, der Wunsch nach Gleichheit und staatlicher Umverteilung ist ein süßes Gift – die Bürger wollen immer mehr davon, auf Kosten von Eigenverantwortung und Solidarität und damit auf Kosten der Zukunft und Perspektive unseres Landes.

Dem Menschen etwas zutrauen – die „neue Freiheit“

Was ist also angesichts dieses Dilemmas zu tun? Scheidet ein Weniger an Sozialstaat und die Forderung nach mehr Eigenverantwortlichkeit des Menschen als Handlungsoption der Politik vor dem Hintergrund eines möglichen Machtverlustes durch eine gescheiterte Wiederwahl aus? Wie kann sich der Staat neu erfinden, um in der heutigen Zeit die Herausforderungen zu bestehen, ohne nur seiner selbst willen zu agieren?

Als gewählter Vertreter der Bürger im Deutschen Bundestag möchte ich konkret aufzeigen, vor welcher Herausforderung die Politik steht und was meiner Ansicht nach deren Aufgabe sein muss. Dazu möchte ich zunächst an den Wurzeln unserer Gesellschaftsstruktur anknüpfen: Der Sozialen Marktwirtschaft und ihren Erfindern Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack. Deren Grundüberlegungen haben nach wie vor Gültigkeit und sind sogar aktueller denn je: Ausgangspunkt ist die Verteilung nach dem Markt- und Wettbewerbsprinzip. Durch einen effizienten Austausch von Dienstleistungen, Waren und Gütern sorgt sie für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand und schafft damit die Voraussetzung für sozialen Ausgleich. Wettbewerbsfähigkeit, Freiheit, Flexibilität und vor allem Verantwortung sind hierbei die zentralen Grundelemente. Letzteres gilt in der heutigen Zeit in besonderem Maße. Jeder Bürger muss durch Eigenverantwortlichkeit seinen Beitrag leisten. Das Element der eigenen Leistung wird zum Garant für persönlichen Wohlstand.



Dem Staat kommt in dieser Hinsicht die Aufgabe zu, für Leistungsgerechtigkeit zu sorgen, indem er durch eine Leistungsanreizstruktur dafür sorgt, dass sich Leistung lohnt und die Leistungsträger der Wirtschaft nicht unverhältnismäßig stark belastet werden. Konkret heißt das, dass die Politik ein leistungsgerechtes Abgaben- und Sozialleistungssystem schaffen muss, in welchem die Leistungsträger der Gesellschaft, nämlich die Mittelschicht, entlastet werden müssen.

Gemäß der Sozialen Marktwirtschaft hat der Staat neben Leistungsgerechtigkeit aber vor allem auch für Chancengerechtigkeit zu sorgen. Ludwig Erhard sagt: „Lasst uns nicht über die Verteilung der Kuchenstücke streiten, sondern den Kuchen größer machen, dann bekommt jeder mehr und wir ersparen uns den Streit der Verteilung“. Entscheidend ist daher, durch Bildung von Anfang an gleiche Chancen für alle zu schaffen, statt durch Umverteilungsmaßnahmen für Gerechtigkeit sorgen zu wollen. Gerechtigkeit ist schließlich nicht gleichbedeutend mit Gleichheit. Vielmehr brauchen wir den Mut zur Ungleichheit, da es die Unterschiede sind, die die Menschen letztlich zu mehr Leistung animieren. Gleichmacherei bestraft die Fleißigen.

Eingebettet in ein starkes Fundament gesellschaftlicher Werte brauchen wir den Mut für eine „neue Freiheit“ – einen „Neoliberalismus“. Siebzig Jahre nach den ersten Überlegungen ist eine Renaissance des Neoliberalismus in Deutschland notwendiger denn je. Wir brauchen wieder einen starken Staat, der sich nicht um „Alles“, sondern um das „Wesentliche“ kümmert - im Interesse einer liberalen Wirtschaftspolitik. Einen Staat, der durch sein Abgaben- und Sozialsystem Leistungsanreize schafft, den Mut hat Ungleichheit zuzulassen und den Schwachen in unserer Gesellschaft Unterstützung bietet. Daraus entsteht Leistungsgerechtigkeit.

Im Mittelpunkt der zukünftigen Politik muss der eigenverantwortliche, mündige Bürger stehen, dem der Staat freie Entfaltungsmöglichkeiten garantiert. Erst nach der marktwirtschaftlichen Verteilung setzt die subsidiäre Hilfe für diejenigen ein, die von den Ergebnissen des Marktes nicht in der Weise profitieren, dass sie eigenständig leben und sich selbst helfen können. Die subsidiäre Hilfe beginnt bei den Familien und endet bei der solidarischen Letzt-Verantwortung des Staates.

Dies ist Grundlage für „Wachstum und Wohlstand für alle“ und damit wiederum die Legitimation für politisches Handeln. Ich bin mir sicher, dass eine Partei, der es gelingt, diesen Gedanken in ein klares Profil zu formulieren, auch Mehrheiten finden wird.



Veränderung braucht Vorbilder

Deutschland hat zu Beginn des 21. Jahrhunderts alle Chancen. Um in Zukunft bestehen zu können, müssen wir uns jedoch ändern. Wandel verunsichert die Bürger – bedeutet er doch mehr Risiko und weniger Absicherung. Gerade junge Menschen, die in das bestehende System hineinwachsen – das „süße Gift“ sozusagen mit der Muttermilch aufgesogen haben – müssen an den manchmal bitteren Geschmack der Freiheit gewöhnt werden. Deutschland braucht deshalb Vorbilder, die diesen Wandel begleiten. Vorbilder, die diese Freiheit leben, die Verantwortung und Solidarität für sich aber auch für die Gesellschaft übernehmen. Dr. Gerhard Schmidt ist ein solches Vorbild. Eine Persönlichkeit, die diese Werte mit Mut, Entschlossenheit und einer tiefen inneren Überzeugung vorlebt wie kaum ein anderer. Umso mehr hat er unsere Bewunderung und Anerkennung verdient, da er selbstlos sein Engagement in den Dienst von jungen Menschen und die Zukunft unseres Landes stellt.

In diesem Sinne wünsche ich Herrn Dr. Gerhard Schmidt zu seinem 90. Geburtstagsfest von Herzen alles Gute, Gottes Segen und weiterhin die Kraft und Ausdauer, seine Ideale, Werte und Ziele an junge Menschen weiterzugeben.